



GUTE ARGUMENTE AUS DEM BÜROKOLLEKTIV JELPKE

2. NPD-Verbot

NPD-Verbot: Ein Thema im Wahlkampf?

Nicht nur in Ostdeutschland, auch in Nordrhein-Westfalen bauen Neofaschisten systematisch ihren Einfluss vor Ort aus. Sie sind eine tägliche Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Die NPD tritt zu den Kommunal- und Bundestagswahlen an. Auf ihren Listen finden sich auch Mitglieder der DVU und der militanten Freien Kameradschaften. So tritt im Rhein-Erft-Kreis westlich von Köln der DVU-Landesvize Andreas Höveler auf Listenplatz 2 gemeinsam mit dem u.a. wegen Volksverhetzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole sowie unerlaubtem Waffenbesitz vorbestraften Kameradschaftsaktivisten und bekennenden Hitler-Anhänger Axel Reitz auf Platz 3 für die NPD zur Kommunalwahl an. Die Wahlkämpfe bieten den Neonazis verstärkt die Möglichkeit, ihr rassistisches und menschenfeindliches Programm in Verbindung mit sozialer Demagogie in der Öffentlichkeit zu propagieren und so die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit von Opfern der Wirtschaftskrise für sich zu nutzen.

Argumente für ein NPD-Verbot

1. Ein NPD-Verbot trifft die zentrale Organisationsplattform des deutschen Neofaschismus, denn die NPD ist die einzige faschistische Organisation, die bundesweit präsent und kampagnefähig ist. Um die NPD hat sich die Neonaziszene im Rahmen der „rechten Volksfront“ aus NPD, DVU und Kameradschaften zusammengeschlossen.
2. Ein Verbot der NPD entzieht der Partei und damit der deutschen Neofaschistenszene ihre wichtigste finanzielle Grundlage, denn die staatliche Parteieinfinanzierung ist die wichtigste Einnahmequelle der NPD: Zwischen 1998 und 2007 hat die NPD 6,3 Millionen Euro aus Steuermitteln erhalten. Laut ihrem letzten veröffentlichten Finanzbericht von 2006 machen die staatlichen Mittel in Höhe von 1,38 Millionen Euro jährlich 45% des NPD-Haushalts aus (Spenden 32%, Mitgliedsbeiträge 18%)
3. Ein NPD-Verbot erleichtert das juristische Agieren gegen Neonazi-Aktivitäten, denn dann können Nazis z.B. bei Anmeldungen von Kundgebungen nicht mehr unter dem besonderen Schutz einer zugelassenen Partei agieren.
4. Ein NPD-Verbot entzieht den Rechtsextremen in den Augen vieler Protestwähler die Aura der Legitimität und trägt zur Isolation und gesellschaftlichen Ächtung faschistischer Ideologie bei.

Zu den Argumenten der Verbotgegner

1. „**Ein Verbot wird nur einer Neuformierung der Naziszene führen.**“: Selbst wenn eine solche Neuformierung gelingt, wäre sie kein Ersatz für eine staatlich mitfinanzierte Partei, die bereits im Vorfeld von Wahlen garantierten Zugang zu den Massenmedien hat.
2. „**Ein Verbot führt zu einer Radikalisierung der Mitglieder, die sich dann in den Freien Kameradschaften reorganisieren**“: es bestehen bereits heute enge Verbindungen zwischen NPD und Kameradschaften. Ein NPD-Verbot würde die Kameradschaften deshalb gleich mit schwächen. Weil die NPD auf die Kameradschaftsaktivisten als Fußtruppen angewiesen ist, tragen diese bereits heute zu einer Radikalisierung der NPD bei.



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

3. **„Durch einen vom Bundesverfassungsgericht als Bedingung für ein NPD-Verbot genannten Abzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus den Gremien der NPD hätten wir keine Informationen mehr über das Innenleben der Partei und können ihre Verfassungswidrigkeit nicht nachweisen.“**: Die V-Leute dienen nicht der Aufklärung, sondern oft fungieren als staatlich bezahlte Nazi-Hetzer, die zum Teil sogar zur Radikalisierung der Partei beigetragen haben (so hat der langjährige V-Mann Frenz einige der übelsten antisemitischen Hetzschriften verfasst, die im ersten NPD-Verbotsverfahren als Beweise herhalten sollten). Die Verfassungswidrigkeit der NPD lässt sich schon durch öffentlich zugängliches Material wie Reden und Artikel ihrer Funktionäre beweisen.
4. **„In einer Demokratie dürfen Meinungs- und Vereinigungsfreiheit grundsätzlich nicht eingeschränkt werden“**: zunächst mal ist richtig, dass die Linke nicht in den Chor „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ einfallen darf. Andererseits gilt auch: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Er ist kein schutzwürdiges Gedankengut. Und die Geschichte hat gezeigt: Wo Nazis die Möglichkeit haben, werden sie ihre politischen Bestrebungen mit brutalen Mitteln verwirklichen.
5. **„Der Kampf gegen rechts wird von der Regierung als Kampf gegen „Extremismus“ geführt. Grundrechtseinschränkungen treffen damit auch und vor allem die Linke.“** Das ist richtig. Daher dürfen Linke keinerlei Einschränkungen demokratischer Rechte wie der Versammlungsfreiheit zustimmen. Dies würde immer als Boomerang auf die Linke zurückfallen. Aber ein NPD-Verbot wäre mit den heutigen Gesetzen längst durchführbar. Gerade indem die Regierung sich weigert, die Bedingungen für ein NPD-Verbot zu erfüllen schafft sie die scheinbare Notwendigkeit weiterer Grundrechtseinschränkungen. Die Gleichsetzung von rechts und links durch das Extremismuskonstrukt muss zurückgewiesen werden, indem konkrete politische Inhalte anstatt das abstrakte Verhältnis zur „Freiheitlich Demokratischen Grundordnung“ verglichen werden.
6. **„Die Verbotsforderung appelliert nur an den Staat und schafft so noch Illusionen in Polizei und Justiz. Notwendig ist aber Selbstaktivität der Bevölkerung gegen Rechts.“** Das hängt davon ab, wie und in welchem Zusammenhang die Verbotsforderung gestellt wird. Nur wenn die Verbotsforderung im Rahmen einer Massenkampagne aufgestellt wird, wird dieser Druck auf die Herrschenden erzeugt. Die Verbotsforderung sollte also die Konsequenz aus der antifaschistischen Massenaktivität sein und nicht der Ersatz für eine solche Aktivität.
7. **„Ein NPD-Verbot betrifft nur die Organisation. Das faschistische Gedankengut bleibt weiterhin in den Köpfen.“** Das ist richtig. Studien belegen, dass 10-15% der Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild haben. Diese antidemokratischen Einstellungen kommen allerdings nicht zum Tragen, solange sie keine organisatorische Entsprechung finden. Die Verbotsforderung ersetzt die politische Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie nicht, sondern ist Teil des antifaschistischen Kampfes um die Köpfe.

Forderung der LINKEN:

Innerhalb der LINKEN ist das NPD-Verbot umstritten. Einigkeit herrscht in der Forderung nach Abschaltung und Abzug aller V-Leute der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus den Gremien der NPD – als Voraussetzung für neues NPD-Verbotsverfahren und Vorbeugung gegen weitere Staatssteuerung der NPD. Außerdem tritt die LINKE für die Schaffung einer staatlich finanzierten aber unabhängigen Stelle zur Beobachtung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein.